

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 170 (2004)
Heft: 12

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DEUTSCHLAND

Weitere Luftlandfahrzeuge «Wiesel 2» für die Spezialkräfte

Die Firma Rheinmetall Land-systeme GmbH in Kiel ist mit der Lieferung von 32 leichten, gepanzerten Luftlandfahrzeugen des Typs «Wiesel 2» in der Version «bewegliche Befehlsstelle» beauftragt worden. Das Auftragsvolumen beträgt dabei rund 31 Mio. Euro. Die Auslieferung dieser Fahrzeuge soll bereits Mitte 2005 beginnen und erstreckt sich über einen Zeitraum von rund zwei Jahren. Der im Sommer 2004 abgeschlossene Vertrag beinhaltet eine Option zur Lieferung von weiteren 16 Führungsfahrzeugen, deren Lieferung ab 2008 vorgesehen ist. Die Produktion der Luftlandpanzer erfolgt am Standort Unterlüss der Rheinmetall Landsysteme und stellt damit einen wichtigen Beitrag zur Auslastung der dortigen Produktionseinrichtungen dar. Bereits im April dieses Jahres hatte Rheinmetall Landsysteme dem Tochterunternehmen des Düsseldorfer Rheinmetall-Konzerns den Auftrag zur Lieferung von vier «Wiesel 2» in der Version «Pionier Erkundungstrupp» erhalten.

Die netzwerkgestützten Fähigkeiten der neuen Führungs- und Kommandofahrzeuge «Wiesel 2» versetzen die spezialisierten Kräfte des Heeres in die Lage, dezentral spezifische Führungsaufgaben wahrzunehmen und rechnergestützte Operationen durchzuführen. Dabei kann auch der gesamte Informationsfluss zu anderen auch internationalen Führungsstäben sichergestellt werden. Aufgabenbedingt ist die neueste «Wiesel»-Variante mit einem breiten Spektrum modernster Elektronik ausgestattet.

Die Bundeswehr erhält damit bereits die sechste Version des vor allem für Interventionskräfte vielseitig einsetzbaren Gefechtsfahrzeugs «Wiesel 2». Durch die Lufttransportfähigkeit mit dem Transporthelikopter CH-53G und generell hohe Mobilität dieser Luftlandfahrzeuge ist die von den Interventionskräften geforderte schnelle Verlegbarkeit sichergestellt. Mit der geplanten Einführung der neuen beweglichen Befehlsstellen wird eine noch bestehende Fähigkeitslücke bei der Division spezielle Operationen (DSO) wirksam geschlossen. hg



Luftlandpanzer «Wiesel 2» in der Version als Führungs- und Kommandofahrzeug.

Reizstoffe und Pfefferspray für die Bundeswehr

In Auslandseinsätzen stehen der Bundeswehr künftig neben der üblichen Bewaffnung auch nicht-letale Mittel, so genannte schonende Wirksysteme zur Verfügung. Den deutschen Truppen ist es nun bei Einsätzen im Ausland möglich, im Fall von Aufruhr und gewaltsamen Auseinandersetzungen vor einem Gebrauch der Schusswaffe als «ultima ratio» mehrere zur Ab-

schreckung geeignete Eskalationsstufen hochzufahren. Damit sollen die Soldaten in die Lage versetzt werden, besser und gezielter auf Situationen zu reagieren, wie es bei den Märzunruhen im Kosovo der Fall war. Die deutsche Bundesregierung zieht mit einer Gesetzesänderung die Schlüsse aus der überraschenden und vorerst unkontrollierbaren Gewaltwelle, die im Frühjahr 2004 auch die KFOR-Truppe im Raume Prizren betraf. Damals konnte die

Bundeswehr nicht verhindern, dass die albanischen Extremisten serbische Wohnhäuser und Kulturstätten zerstörten und die ethnische Minderheit vertrieben.

Künftig ist es deutschen Truppen nun gestattet, ähnlich dem Bundesgrenzschutz und den Polizeiorganen, unterhalb der Schwelle des Schusswaffengebrauchs Mittel wie Reizstoffe und Pfefferspray einzusetzen. Dazu soll das deutsche Ausführungsgesetz zum Chemiewaffenübereinkommen geän-

dert werden. Auch die «Rules of Engagement», die Verhaltensregeln, denen die Soldaten unterworfen sind, erfahren eine Modifikation und werden denen anderer Partner in der KFOR angeglichen. Zum Beispiel können die französischen Soldaten schon längst bei gewaltsamen Unruhen Tränengas einsetzen. Diese konnten anlässlich der Märzunruhen im Kosovo eine Eskalation in Mitrovica mehrheitlich verhindern. hg

Anpassungen bei der deutschen Rüstungsexportpolitik

Die Bundesregierung erwägt angesichts der neuen Lage in der Türkei, ihre bisherigen Rüstungsbeschränkungen zu lockern. Dabei soll die deutsche Regierung heute bereit sein, eine mögliche Anfrage der Türkei bezüglich Beschaffung von Kampfpanzern «Leopard 2» im Sinne eines NATO-Partners und der EU-Beitrittsperspektive zu prüfen. Eine konkrete diesbezügliche Entscheidung ist allerdings noch nicht gefällt worden.

Die Rüstungsabteilungen der Verteidigungsministerien der beiden Staaten sind seit Jahren im Kontakt. Bisher wurde aber eine Lieferung von Panzern des Typs «Leopard 2» an die Türkei aus

politischen Gründen von Deutschland abgelehnt. Die vom deutschen Bundessicherheitsrat gebilligte Abgabe eines Testpanzers an die Türkei hatte vor fünf Jahren in Berlin eine schwere Koalitions-krise heraufbeschoren. Die türkischen Streitkräfte hatten damals eine Beschaffung von insgesamt 1000 Kampfpanzern geplant, wobei der «Leopard 2» als Sieger der internen türkischen Evaluation gehandelt worden war. Unterdessen hat aber auch in der Türkei die Panzerbeschaffung keine Priorität mehr. Vorerst hat sich das türkische Heer auf die Kampfwertsteigerung der vorhandenen M-60 zu beschränken; die Einführung einiger Hundert neuer Panzer steht aber weiterhin zur Diskussion. hg

ÖSTERREICH

Bis zu 300 Soldaten für die EUFOR in Bosnien-Herzegowina

Die EU wird am 2. Dezember mit der Mission «Althea» die NATO-Friedenstruppe SFOR in Bosnien ablösen. An diesem bisher größten EU-geführten Einsatz sind insgesamt rund 7000 Soldaten aus über 30 EU- und Nicht-EU-Staaten beteiligt. Österreich will künftig an «Althea» bis zu 300 Soldaten abkommandieren und dadurch die ursprüngliche Planungszahl verdoppeln. Dies hat der österreichische Ministerrat im September 2004 beschlossen. Gemäss Verteidigungsminister Platter ist ohne stabiles Umfeld keine Sicherheit für Österreich zu erreichen. Darum soll der aussen- und sicherheitspolitische Schwerpunkt weiterhin auf Südosteuropa gelegt werden. Mit diesem Beschluss kann das österreichische Bundesheer bis zu 850 Soldaten auf dem Balkan stationieren; 550 bei der NATO-geführten KFOR in Ko-

sovo und 300 bei der EU-Mission in Bosnien-Herzegowina.

Mit der Übernahme der NATO-geführten Mission werden die bisher bei der SFOR integrierten amerikanischen Soldaten Ende 2004 abgezogen. Die Europäische Union ist bestrebt, die Verantwortung für ihr sicherheitspolitisches Umfeld zu übernehmen. An der EU-Operation in Bosnien sind auch Schweizer Staboffiziere beteiligt; sie sind in der MNTF NW (Multi National Task Force North West) zusammen mit niederländischen und britischen Soldaten integriert.

Das ursprünglich geplante österreichische EUFOR-Kontingents wird gemeinsam mit Soldaten aus Slowenien und Italien in der MNTF SE in einer so genannten MSU (Multinational Specialized Unit) stationiert sein. Die Aufgaben des Kontingents umfassen nebst der Überwachungs- und Stabilisierungsfunktion auch sicherheitspolizeiliche

und kriminalistische Aufgaben. Geplant ist nun, dass die zusätzlichen österreichischen Soldaten in der MNTF North, einem Kontin-

gent mit tschechischen und finnischen Soldaten, Friedensarbeit leisten. hg

Beschaffung von geschützten Allradfahrzeugen für Auslandseinsätze

Das österreichische Bundesheer beschafft 20 leicht gepanzerte Allradfahrzeuge vom Typ «Dingo 2». Der diesbezügliche Kaufvertrag mit dem deutschen Hersteller Krauss-Maffei Wegmann (KMW) wurde bereits im Oktober 2004 abgeschlossen. Die Kosten für die 20 Fahrzeuge betragen rund 14 Mio. Euro. Die Finanzierung erfolgt gemäss Regierungsangaben aus dem im Dezember 2003 beschlossenen 70 Mio. Euro umfassenden Sicherheitskredit, von dem 17 Mio. Euro auf das Verteidigungsministerium entfallen. Die Übergabe der ersten Fahrzeuge an das Bundesheer soll bereits im Dezember 2004 erfolgen; die restlichen «Dingos» sollen im Jahre 2005 geliefert werden. Nach der deutschen Bundeswehr ist Österreich der zweite Nutzer dieser modernen Mehrzweckfahrzeuge.

Gemäss Verteidigungsminister Platter soll mit dieser Beschaffung

ein weiterer Schritt gemacht werden, um einen bestmöglichen individuellen Schutz österreichischer Soldaten im Auslandseinsatz zu gewährleisten. Vermutlich werden die ersten Fahrzeuge bei den auf dem Balkan (Kosovo und Bosnien-Herzegowina) stationierten Kontingenten zum Einsatz gelangen. Das geschützte Mehrzweckfahrzeug «Dingo 2» kann bis zu acht voll ausgerüstete Soldaten transportieren. Das allradgetriebene Fahrzeug verfügt über einen Minen- und Splitterschutz und hält einem Beschuss durch Handfeuerwaffen stand. Die Höchstgeschwindigkeit auf der Strasse beträgt 90 km/h und die maximale Reichweite 1000 km. Die Fahrzeuge verfügen über eine Klimaanlage, Standheizung, GPS-Navigationsgerät, ABS-Schutzsystem Rückblickkamera sowie eine moderne Funk- und Aussenbordsprechanlage. Der «Dingo 2» kann mit den im österreichischen Bundesheer vorhandenen Transportflugzeugen C-130 «Hercules» in die Einsatzräume verlegt werden. hg



Italienischer Schützenpanzer «Centauro» im Irak.

Monat soll der Verdienst auf 980 Euro im Monat erhöht werden. Die Gradstruktur für die Berufstreitkräfte wurde bereits festgelegt: 17 000 Offiziere und maximal 60 000 Unteroffiziere; der Rest Soldaten.

Noch ist es schwierig, die genauen Personalkosten für die neuen italienischen Berufstreitkräfte zu beziffern. Im laufenden Verteidigungsbudget für 2004, das einen Gesamtumfang von 19,4 Mrd. Euro (rund 31 Mrd. CHF) aufweist, sollen die Personalkosten gemäss Planung rund 40% ausmachen. Allerdings dürfte der Anteil wegen der hohen Belastung durch Auslandseinsätze sogar noch höher ausfallen.

Die italienischen Streitkräfte sind weiterhin mit Truppen in praktisch allen aktuellen Krisenregionen beteiligt: etwa 2700 Soldaten im Irak, rund 1500 Mann waren über die Wahlperiode in Afghanistan und weitere mehr als 2000 sind in Kosovo und Bosnien-Herzegowina stationiert. Zudem ist Italien mit kleinen Kontingenten sowie mit Militärbeobachtern in weiteren Missionen tätig; insgesamt in 15 Staaten. Die nächsten Monate werden zeigen, wo bei den Freiwilligenstreitkräften Rekrutierungsprobleme auftauchen und wie hoch die monatlichen Personalkosten ausfallen werden.

hg



Geschütztes Allradtransportfahrzeug «Dingo 2».

ITALIEN

Hohe Personalkosten bei den italienischen Streitkräften

Auf den 1. Januar 2005 nimmt Italien früher als ursprünglich geplant Abschied von der allgemeinen Wehrpflicht. Die neue Freiwilligenarmee soll einen Gesamtbestand von rund 190 000 Soldaten

umfassen, für das Heer sind 113 000, für die Luftwaffe 42 000 und die Marine 38 000 Mann vorgesehen. Die normale Dienstdauer für die Dienstleistenden beträgt zwischen drei und fünf Jahren. Ein Soldat oder eine Soldatin verdient in den ersten Monaten 850 Euro, ab dem vierten

EUROPA

Kleine, hochmobile EU-Kampfgruppen

Im Zentrum der Arbeiten des EU-Militärausschusses standen im Herbst 2004 die Ausarbeitung des Operationsplans der EUFOR für die Mission «Althea» in Bosnien-Herzegowina sowie die Festlegung der Standards für die neuen EU-Gefechtsverbände für Krisenreaktion (Battle Groups). Vor allem die Definition der Kriterien- und Planungsgrundlagen für die vorläufige Einsatzbereitschaft der EU-Kampfgruppen im Zeitraum von 2005 bis 2007 wurde vorangetrieben. Während der Gesamtbedarf und der Ressourceneinsatz noch weiter diskutiert werden, haben die Verteidigungsminister bereits im September 2004 bekannt gegeben, dass zehn solcher Kampfgruppen (Battle Groups) aufgestellt werden sollen. Die ersten der jeweils rund 1500 Soldaten (ohne Logistik) umfassenden Kampfgruppen sollen bereits bis Ende 2005 einsatzfähig sein.

Deutschland wird sich mit Einheiten der deutsch-französischen Brigade ab 2007 an den EU-Einsatzkräften beteiligen. Bekannt geworden ist auch, dass sich die nordischen Staaten (insbesondere Finnland und Schweden) zusammen für eine eigene Kampfgruppe stark machen. Frankreich und Grossbritannien sollen gewillt sein, selbstständige Gruppen mit eigenen militärischen Mitteln zur Verfügung zu stellen. Die mobilen, schnell verlegbaren Einheiten sollen nach UNO-Mandat innerhalb von 15 Tagen in einem Radius von rund 6000 Kilometern um Brüssel einsetzbar sein. Die EU hat zudem die Grundlagen für den Aufbau einer paramilitärischen Polizeitruppe für Auslandseinsätze definiert. Bis Ende 2005 soll dabei eine rund 900, später bis zu 3000 Mann starke Polizeieinheit gebildet werden, die im Spannungsfeld zwischen Militäreinsatz und zivilem Ordnungsdienst eingesetzt werden soll.

hg

POLEN

Radschützenpanzer AMV «Rosomak» für die polnische Armee

Die polnische Armee hat sich vor einiger Zeit für die Einführung des Radschützenpanzers AMV entschieden. Gemäss Planung sollen bis zum Jahre 2014 insgesamt 690 dieser Kampffahrzeuge in verschiedenen Versionen ausgeliefert werden. Rund die Hälfte davon soll dabei mit einem 30-mm-Turm von OTO Melara



Der Schützenpanzer AMV wurde durch die Firma Patria Vehicles in enger Zusammenarbeit mit den finnischen Streitkräften entwickelt.

ausgerüstet werden. Die Fahrzeuge werden gemeinsam durch die finnischen Patria-Werke und die polnische Firma Wojskowe Zakłady Mechaniczne (WZM) hergestellt. Auch die finnischen Streitkräfte haben sich vor einiger Zeit für die Einführung des AMV «Rosomak» entschieden.

Das schwimmfähige Armoured Modular Vehicle (AMV) ist ein 8x8-Gefechtsfahrzeug mit einem Gesamtgewicht bis zu 26 Tonnen. Bei 7,7 m Länge und 2,90 m Breite verfügt es über ein Nutzvolumen von 13 m³ und kann bis zu 6 voll ausgerüstete Soldaten mitführen. Der «Rosomak» ist luftverladbar in Transportflugzeugen C-130 «Hercules».

Die Auslieferung für die polnische Armee hat bereits begonnen; 2004/2005 sollen insgesamt 40 AMV vom finnischen Hersteller Patria eingeführt werden. Bereits im nächsten Jahr soll auch der Partner WZM mit der Produktion beginnen; bis Ende 2005 sollen 58 Schützenpanzer in Polen selber gebaut werden. Anschliessend soll die Produktion ganz nach Polen verlegt werden. hg

ISRAEL

Bedrohung durch Raketen «Kassam»

Die radikalislamische Widerstandsbewegung Hamas hatte in den letzten Monaten immer wieder Kassam-Raketen vom Gazastreifen aus abgefeuert. Diese sind, ohne allerdings grossen Schaden anzurichten, auf israelischem Gebiet eingeschlagen.

Bei der Kassam handelt es sich um eine ungenlenkte Rakete aus improvisierter eigener palästinensischer Produktion. Die als «primitiv» einzustufende Waffe besteht aus einem mit festem Treibstoff

gefüllten Rohr von rund 1,2 m Länge und 120 mm Durchmesser sowie einem Gefechtskopf, der aus höchstens 5 kg Sprengstoff bestehen soll. Die maximale Reichweite der Rakete liegt bisher bei etwa 8 km; eine Reichweitensteigerung bei entsprechend vergrösserter Ungenauigkeit dürfte möglich sein.

Die von Palästinensergebieten auf israelisches Territorium abgefeuerten Raketen stellen vor allem eine psychologische Gefahr dar. Bei Zufallstreffern kann aber auch grösserer Schaden angerichtet werden. hg

Beschaffung intelligenter Waffen in den USA

Gemäss israelischen Pressemitteilungen will Israel in den nächsten Monaten aus den USA rund 5000 «smart bombs» beschaffen. Bei dem im September 2004 abgeschlossenen amerikanisch-israelischen Rüstungsgeschäft geht es um die Lieferung von primär luftgestützten intelligenten Waffen im

Gesamtumfang von rund 320 Mio. US-\$.

Bereits im Frühsommer 2004 hat der US-Kongress das nun veröffentlichte Rüstungsgeschäft gebilligt, das vor allem die Lieferung von Lenkbomben aus der Familie MK-80 beinhalten soll. Dazu gehören auch die JDAM-Rüstsätze (Joint Direct Attack Munition), die einen präzisen und allwettertauglichen Einsatz konventionel-

ler Bomben ermöglichen. Ein JDAM-Rüstsatz besteht aus einer Lenksektion am Heck, vier Längsflossen am Bombenkörper und einem Prüfsystem. Mit der kombinierten Verwendung von Trägheitsnavigation und GPS-Navigation können die Einsatzmöglichkeiten und auch die Präzision, selbst bei Einsätzen auch in grossen Höhen wesentlich verbessert werden.

Mit dem vermehrten Einsatz israelischer Luftkampfmittel gegen Widerstandskämpfer und Extremistenführer im Gazastreifen hat der Bedarf an intelligenten Waffen bei der IDF (Israel Defense Force) stark zugenommen. Bei solchen Einsätzen wird vermehrt auch versucht, mit Penetrationswaffen Führungsbunker und unterirdische Waffenlager zu zerstören.



Abwurf einer intelligenten Bombe von einem Kampfflugzeug F-16.

Obwohl die israelische Rüstungsindustrie über eigene intelligente Waffenentwicklungen verfügt, besteht weiterhin eine diesbezügliche Abhängigkeit von den USA. Weiterhin beträgt der Anteil der direkten amerikanischen Militärhilfe an Israel jährlich mehr als zwei Mrd. US-\$. hg

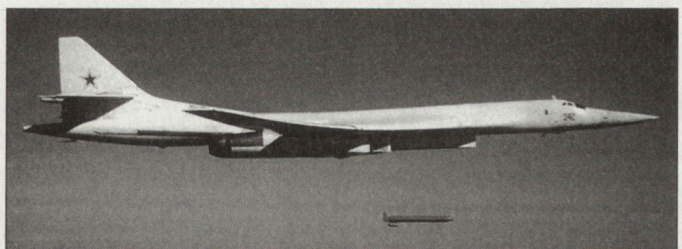
RUSSLAND

Flugaktivitäten mit den strategischen Bombern Tu-160 wurden wieder aufgenommen

Gemäss Informationen aus dem russischen Verteidigungsministerium sind im Sommer 2004 die Flugaktivitäten mit dem strategischen Bomber Tu-160 «Blackjack» wieder aufgenommen worden. Nach dem Absturz eines Bombers vom Typ «Blackjack» im September 2003 wurde für dieses Flugzeug ein Flugverbot ausgesprochen.

Wie es aus den Mitteilungen heisst, sollen technische Probleme den Absturz verursacht haben. Unterdessen seien alle Bomber dieses Typs technisch überprüft

worden, und in nächster Zeit sollen mit allen Maschinen regelmässige Testflüge aufgenommen werden. Die russischen Fernfliegerkräfte verfügen – gemäss Angaben aus START – noch über 15 strategische Bomber «Blackjack». Es ist allerdings fraglich, ob aus finanziellen und technischen Gründen mit der strategischen Bomberflotte in nächster Zeit wieder regelmässige Einsätze geflogen werden können. Allerdings muss damit gerechnet werden, dass mit einer Zuführung neuer konventioneller Bewaffnung für die Bomber «Blackjack» längerfristig wieder mit einer vermehrten Nutzung dieser Mittel gerechnet werden muss. hg



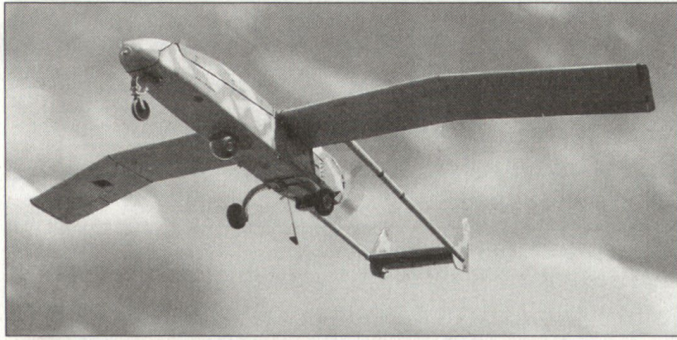
Strategischer Bomber Tu-160 «Blackjack» beim Abschuss eines Marschflugkörpers Kh-55.

USA

UAV's sind das wichtigste Aufklärungsmittel für die amerikanischen Truppen im Irak

Seit August 2004 setzen die Truppen der I. Marine Expeditionary Force (I. MEF) im Irak das

neue unbemannte Aufklärungsflugzeug «Scan Eagle» ein. Das von den Firmen Boeing und Insitu Group exklusiv für die Marineinfanterie gebaute ferngesteuerte Kleinflugzeug kann bis 15 Stunden im Einsatz verbleiben. «Scan



UAV (Unmanned Aerial Vehicle) der «Shadow»-Familie.

Eagle» kann entweder vom Boden angesteuert werden oder autonom eine vorher einprogrammierte Flugroute fliegen. Als Sensoren werden entweder eine elektro-optische oder eine Infrarotkamera genutzt. Die normale Einsatzhöhe beträgt rund 3000 Meter, dabei können stationäre und bewegliche Ziele verfolgt werden, ohne selber vom Boden aus erkannt zu werden.

Die US-Army, d. h. das im Irak im Einsatz stehende 312th Military Intelligence Bataillon setzt heute bei der Aufklärung urbaner Gebiete vor allem UAV's vom Typ «Shadow 200» ein. Diese unbemannten Flugzeuge sind für

den Einsatzerfolg amerikanischer Truppen im Irak immer wichtiger. Die 4000 Meter hoch fliegenden Kleinflugzeuge werden koordiniert mit Luft- und/oder Bodenpatrouillen. Sie dienen den Truppen vor allem über den Zentren (Bagdad, Falludja, Samarra usw.) zur Ortung von verdächtigen Personen und Fahrzeugen. Bisher absolvierten UAV's vom Typ «Shadow 200» weit mehr als 2000 Flugstunden im Irak ohne Unfälle oder Abschnisse.

Die Familie der «Shadow»-Drohnen besteht aus den Typen «Shadow 200», «Shadow 400» und «Shadow 600». hg

Marines testen im Irak GPS-gelenkte Fallschirme

Das US-Marine-Corps hat im September 2004 im Irak das neue «Sherpa Autonomous Parafoil Delivery System» unter Gefechtsbedingungen getestet. «Sherpa» besteht im Wesentlichen aus einem Lastenfallschirm von 84 m² Fläche, der mit einem Servomotor verbunden ist. Ein GPS-Gerät berechnet alle Daten, die notwendig sind, um die am Fallschirm abgeworfene Ladung punktgenau ins Ziel zu steuern. Ein Bremsfallschirm stabilisiert die Last unmittelbar nach dem Abwurf, sodass sich der Hauptschirm nach einer Phase des freien Falls wie vorgesehen öffnen kann.

Das Abwurfssystem wurde von «Mist Mobility Integrated Systems Technology» mit Sitz in Ottawa Kanada entwickelt. Transportflugzeuge und vor allem auch Helikopter können an «Sherpa» Lasten aus Höhen von 1500 bis 8000 Metern und in einer Entfernung von bis zu 14 km vom Landeziel

abwerfen. Dabei können Lasten mit einem Gewicht von 200 bis 600 kg abgesetzt werden, wobei die Absetzgenauigkeit bei 100 bis 200 m liegen soll.

«Sherpa» soll zur Lastenabsetzung und Versorgung von Truppenteilen in gefährlichen Regionen verwendet werden. Dies vor allem dort, wo das Anlanden und Starten von Transportflugzeugen und Helikoptern durch feindliches Feuer oder durch MANPADS gefährdet sein könnte. Beim bisher verwendeten Abwurfssystem müssen Transportflugzeuge in Höhen von zirka 600 m die Abwurfzone überfliegen, um die Lasten einigermassen genau abzusetzen. In Afghanistan, wo US-Truppen in grossem Umfang aus der Luft versorgt werden, landeten abgeworfene Lasten des Öfteren mehr als einen Kilometer vom Ziel entfernt. Vielfach war deren Bergung mit einer zusätzlichen Gefährdung der Truppen verbunden. Mit Präzisionsabwürfen aus grossen Höhen sollen diese Gefahren minimiert werden. hg

Kommen im Irak bald Mikrowellenwaffen zum Einsatz?

Waffensysteme, die auf der Ausstrahlung elektromagnetischer Strahlung beruhen, wurden in den letzten Jahren primär zur Störung

oder sogar Verhinderung militärischer Operationen entwickelt. Militärexperten haben sie bereits als Waffe des 21. Jahrhunderts bezeichnet, obwohl sie bisher noch in keinem Konflikt offiziell zum Einsatz gelangten.

Die von Antennen abgestrahlten hochfrequenten Wellen können aber auch gegen Aufständische, Extremisten und Terroristen eingesetzt werden; sie sollen feindlich gesinnte Personen nicht töten, doch ihnen möglichst extreme Schmerzen zufügen. So sollen Angreifer und Extremisten in die Flucht geschlagen und Aufruhr und Demonstrationen aufgelöst werden. Seit Beginn der Stabilisierungsphase im Irak und mit der zunehmenden Verschlechterung der Sicherheitslage in den Zentren des Landes wurde schon oft darüber spekuliert, ob die US-Streitkräfte möglicherweise Mikrowellenwaffen einsetzen würden. Gemäss Informationen in der amerikanischen Militärpresse sollen nun bis Juli 2005 vier bis sechs mobile Mikrowellenwaffen in den Irak verlegt werden. Dabei soll es sich um Schützenpanzer (Bezeichnung «Sheriff») handeln, auf denen eckige Antennen montiert sind. Diese können Mikrowellen im Frequenzbereich von 95 Gigahertz gezielt auf Menschen abstrahlen. Die elektromagnetische Strahlung erhitzt die Wassermoleküle und erzeugt innerhalb von Sekunden «unerträgliche» Schmerzen, sodass die Leute automatisch weglaufen.

In den vergangenen Jahren wurden in US-Forschungslabors die biologischen Wirkungen der Mikrowellen in Versuchen mit Tieren und Menschen intensiv erforscht. Allein dafür soll das Pentagon mehr als 10 Mio. US-\$ ausgegeben haben. Während die US-Militärs gemäss Forschungsergebnissen nur ein geringes gesundheitliches Risiko einräumen, warnen Kritiker vor unabsehbaren Folgen, die durch Mikrowellenwaffen vor allem bei den Augen entstehen können. Auch ein langfristig erhöhtes Krebsrisiko wird nicht ausgeschlossen. Möglicherweise löst aber allein der Anblick der Mikrowellensysteme bei den potenziellen Strahlenopfern so viel Schrecken aus, dass sie schon die Flucht ergreifen, bevor sie überhaupt die Erfahrung mit den Mikrowellen machen.

Nicht zu unterschätzen ist auch die Aktivierung der Rüstungsspirale bei den Strahlenwaffen. Bereits heute gibt es eine Vielzahl von Staaten, die an der Entwicklung von Mikrowellenwaffen arbeiten. Die auf diesem Gebiet am weitesten fortgeschrittenen Länder sind die USA, Russland und einige westeuropäische Staaten. hg

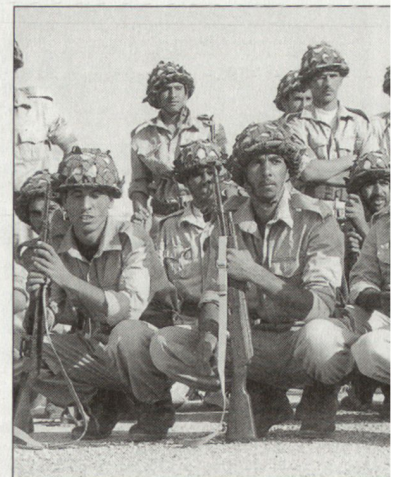
NATO

Vorbereitung für die Ausbildung von Sicherheitskräften im Irak ist im Gange

Noch in diesem Jahr soll die Arbeit im NATO-Ausbildungslager für irakische Sicherheitskräfte, das sich am Rande Bagdads befindet, aufgenommen werden. Die Botschafter der 26 Mitgliedstaaten hatten den entsprechenden Beschluss zur direkten Ausbildungsunterstützung im Irak selber im Oktober 2004 beschlossen.

Gemäss Planung sollen rund 300 NATO-Soldaten das Ausbildungslager ausserhalb Bagdads betreuen. Die USA haben alles unternommen, damit das Ausbildungszentrum noch im Dezember 2004 die Arbeit aufnehmen kann. Die neue NATO-Mission im Irak wird vom amerikanischen General David Petraeus kommandiert; die US-Streitkräfte zusammen mit irakischen Polizeikräften (insgesamt rund 3000 Soldaten) sind für den Schutz der Mission zuständig.

An der NATO-Ausbildung im Irak sind Frankreich, Deutschland, Belgien und auch Spanien nicht beteiligt; diese Staaten haben sich



Die Ausbildung irakischer Sicherheitskräfte soll nun mit NATO-Unterstützung vorangetrieben werden.

gegen dieses Ausbildungskonzept ausgesprochen. Sie wollen weiterhin das Personal für irakische Sicherheitskräfte nur ausserhalb des Landes ausbilden. hg ■